

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1906

121 (26.5.1906) Erstes Blatt

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. —
Abonnementpreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg.,
vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Abgaben abgeholt, monatlich
60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2.10, durch den Briefträger
ins Haus gebracht 2.62 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Luisenstraße 24.
Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144.
Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags.
Redaktionschluss: 1/10 Uhr vormittags.

Inserate: die einpaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate
billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von In-
seraten für nächste Nummer vormittags 1/9 Uhr. Größere Inserate müssen
tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden
der Expedition: vormittags 1/8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/7 Uhr.

Nr. 121. Erstes Blatt. Karlsruhe, Samstag den 26. Mai 1906. 26. Jahrgang.

Unsere heutige Nummer umfasst mit dem Unterhaltungsblatt 3 Blätter mit zusammen 10 Seiten.

Aus dem Reichstag.

Es kommt nicht häufig vor, daß eine Gesetzesvorlage einmütig angenommen wird. Dienstag geschah dies mit dem Pensionsgesetz für Militärmannschaften in zweiter Lesung. Die Bedeutung und die Schwächen des Gesetzes gehen aus den Ausführungen unserer Genossen Abg. Südekum und Singer hervor.

Abg. Südekum (Soz.): Wenn wir nicht verstehen wollen, daß das Gesetz für die Zukunft manche Verbesserungen bringt, so können wir andererseits uns der Erkenntnis nicht verschließen, daß noch manche Wünsche unberücksichtigt geblieben. Vor allem ist das Verhältnis zwischen der Fürsorge für Offiziere und für Mannschaften unangenehm für die Letzteren. Vergleichen Sie die Verhältnisse der Soldaten mit denen der Offiziere, die Soldaten sind im Vergleich mit den Offizieren in jeder Hinsicht benachteiligt. Einmal ist die Pensionierung der Offiziere im Vergleich mit den Mannschaften ungleichmäßig. Einmal ist die Pensionierung der Offiziere im Vergleich mit den Mannschaften ungleichmäßig. Einmal ist die Pensionierung der Offiziere im Vergleich mit den Mannschaften ungleichmäßig.

auf Zivilbeamte ausgedehnt werden und es soll eine Neuordnung der gesamten Witten- und Waisenversorgung vorgenommen werden. 4. Es soll keine Pensionierung deshalb erfolgen, weil ein Offizier eine Quellsforderung abgelehnt hat.

Es folgte am Dienstag nun die erste Lesung des zweiten Nachtragsatzes für 1906 mit folgenden Hauptforderungen: 500 000 Mk. für Verträge der Militärverwaltung auf verkehrstechnischem Gebiet, 100 000 Mk. für eine Forschungsreise des Professors Reisser nach Jaba zur Förderung der Bekämpfung der Syphilis, 4 Millionen Mk. für Fernsprechwerke infolge der Verteuerung der Rohmaterialien, 500 000 Mk. zur Förderung der Besiedelung von Südwestafrika nach Niederwerfung des Aufstandes, 10,5 Millionen Mk. zur Hilfeleistung an gefährdete Anfelder in Südwestafrika, 5 Millionen Mk. zum Bau einer Bahn von Kuba nach Keetmanshop (Südafrika). Für Südafrika abgelehnten weißen Kompanie die Verärztung der schwarzen Truppe um 4 Kompanien.

Der Zentrumsgesandte Gröber fragte mit Recht: Wo bleibt denn für das Haus der Wert des einjährigen Etats, wenn alle Augenblicke Nachtrags- und Ergänzungsetzungen kommen? Für die genannte Bahn ist jetzt nach der Befragung des Hohen Rat der Hauptgrund weggefallen, aus welchem Grunde ist auch die Weiteraufrechterhaltung der Kolonie nicht in Einklang mit dem Werte derselben zu bringen. Mit der Entschädigung der Anfelder für entgangenen Gewinn würde die Kolonie mit einer Ausgabe belastet werden, unter der sie zusammenbrechen müßte. Denn es handelt sich hier um einen Präzedenzfall, dessen Folgen nicht zu übersehen sind. Soweit die einzelnen Farmer auf Reichskosten zu unterhalten, können wir nicht geben, da wollen wir die Kolonialpolitik reformieren. Die Reichsfinanzreform hat nicht das ganze Geldbedürfnis des Reiches gedeckt; solange das nicht der Fall ist, müssen wir uns nach der Dede strecken. Trotzdem kommt die Regierung schon jetzt mit einem Ergänzungsetz von 20 Millionen Mk. Die Erledigung des ganzen Ergänzungsetzes würde die Fertigstellung des Etats bis zum 1. Juni unmöglich machen. Wir halten es daher für das Beste, zunächst vor dem 1. Juni nur die dringlichsten Forderungen zu bewilligen, und die übrigen Forderungen bis zum Herbst oder Winter zurückzustellen. Unser Genosse Ledebour nahm Anlaß, die Hoffnung auszusprechen, daß das Zentrum bei der zweiten und dritten Lesung die kolonialen Forderungen ebenso tapfer ablehnen werde, wie es jetzt der Abg. Gröber getan habe und bekämpfte dann in längerer Ausführungen die Forderungen für die Kolonien. Die Vorlage wurde an die Budgetkommission verwiesen.

Einen Erfolg

hat gestern die sozialdemokratische Fraktion erungen, insofern, als sie es erreichte, daß der Gesetzentwurf betr. die Erbauung einer Nebenbahn von Rastatt nach Schwarzach an die Kommission zurückverwiesen wurde. Seit mehr als 30 Jahren besteht der Wunsch, die Rheintalbahn bis Rehl fortzuführen. Durch die Erbauung der strategischen Bahn Mannheim-Rastatt wurde ein Teil dieses Wunsches erfüllt. Die Fortführung der Staatsbahn von Rastatt nach Rehl ist ebenso sehr im volkswirtschaftlichen als im finanziellen Interesse geboten. Statt dessen kommt die Regierung mit dem

Vorschlag, eine schmalspurige Nebenbahn von Rastatt bis nach Schwarzach zu bauen und diesen Bau einer Privatgesellschaft zu überlassen, die geradezu ungenügende Bedingungen stellt. Abgesehen davon, daß die Gemeinden das Gelände unentgeltlich stellen sollen, werden sie zu einem Barzuschuß in Höhe von 100 000 Mk. gezwungen. Dazu kommt ein Staatszuschuß von 300 000 Mk., der Kreis soll 10 000 Mk. zuschießen und obendrein soll die Stadt Rastatt für 10 Jahre eine 4 1/2 prozentige Zinsgarantie übernehmen. Und mit einem solchen ucherischen Vorschlag hat die Regierung den Mut, vor die Volksvertretung zu kommen. Die Mehrheit der Kommission hat bebauerlichweise dem Gesetzentwurf angenommen. Die sozialdemokratische Fraktion stellte den Antrag, den Entwurf an die Kommission zurückzuverweisen und die Regierung aufzufordern, die Bahn auf Staatskosten und normalspurig zu bauen. Die Genossen Horst, Kolb und Eichhorn traten lebhaft und mit durchschlagenden Gründen für den Antrag ein. Schließlich brachten die Abg. Obfischer und Genossen einen Antrag ein, welcher die Zurückverweisung des Gesetzentwurfs zur nochmaligen Erörterung beantragte, welcher Antrag dann auch einstimmig angenommen wurde. Zwar produzierte sich Herr Berger wieder einmal in geradezu aufdringlicher Weise als freiwilliger Regierungskommissar.

Herr Frick trat mit Energie für das Prinzip der reinen Staatsbahnen ein und der Landtag scheint sich dazu endlich auch bekehrt zu haben. Nach vor 4 Jahren plädierte Herr Vinz mit großem Pathos und von oben herunter für das gemischte System. Die Abg. Eichhorn und Frick auf hat man damals so behandelt, wie das gestern der Abg. Hergt dem Genossen Kolb gegenüber versuchte, womit er aber gründlich abgeblüht ist. Diese geschickten Herren machen es sich sehr bequem, indem sie immer den Standpunkt der Regierung einnehmen. Hinterher allerdings kommt ihnen hin und wieder auch ein Licht, zuvor aber glauben sie andere Leute schamlos zu täuschen.

Präsident Willems eröffnet 1/10 Uhr die Sitzung.

Am Regierungstisch Eisenbahnminister v. Marschall und Ministerialdirektor Schulz.

Seitens des Ministeriums des Innern ist ein Schreiben an das Haus eingelaufen, in welchem demselben mitgeteilt wird, daß die Interpellation der Abg. Vechold und Genossen, daß der italienische Arbeiter César Zanbelli in seinem Heimatland Italien als Anarchist betam und angeklagt sei. Das Bezirksamt habe deshalb beim Ministerium die Ausweisung beantragt, die genehmigt worden sei. Mit der Minister, wie in der Presse angebeutet, habe die Ausweisung nichts zu tun.

Abg. Quenzer berichtet über den Gesetzentwurf, die Erbauung einer schmalspurigen Nebenbahn von Rastatt nach Schwarzach. Seit 12 Jahren bemüht sich die Gemeinden um eine Bahnverbindung. Die Straßburger Straßenbahngesellschaft sei bereit, die 19,5 Kilometer lange Bahn zu bauen. Die beteiligten Gemeinden treten das erforderliche Gelände unentgeltlich ab und verpflichten sich zu einem Barbeitrag von 100 000 Mk. Ein Kreisbeitrag von 10 000 Mk. sei zu erwarten. Die Stadt Rastatt habe eine Zinsgarantie von 4 1/2 Proz. auf das Baukapital übernommen und außerdem habe der Staat 20 000 Mk. pro Kilometer bewilligt. Bei

diesen Bewilligungen sei es allerdings keine Kunst, eine Bahn zu bauen. Gewiß wäre es besser, wenn der Staat bauen würde, doch habe die Regierung auf dem ablehnenden Standpunkt beharrt.

Abg. Vechold und Gen. haben den Antrag eingebracht, den Gesetzentwurf an die Kommission zurückzuverweisen und die Regierung zu erwirken, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der den Bau einer normalspurigen Bahn auf Staatskosten vorschlägt.

Abg. Franz (natl.) betont, daß die in Betracht kommenden Gemeinden seit einem Menschenalter eine Bahn wünschen und eine Nebenbahn sei immer besser wie gar keine. Wenn die Regierung dem Antrag Vechold zustimme, so könne er sich nur freuen. Da er dies aber bezweifle, bitte er, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Abg. Schmidt (Zentr.) tritt auf den gleichen Gründen im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Gegend für den Entwurf ein, so sehr auch der Bau einer Nebenbahn wünschenswert sei.

Abg. Schmundt (Zentr.) schließt sich den Ausführungen der Vorredner an, wenn er auch die Mängel der Privatbahnen nicht verkenne.

Abg. Sanger (natl.): Im Interesse des allgemeinen Verkehrs sei eine Vollbahn geboten. Mit der Zeit müsse eine solche doch gebaut werden, deshalb sei es das Beste, dem sozialdemokratischen Antrag zuzustimmen.

Abg. Horst (Soz.): Nach den bisher gemachten Ausführungen sollte man annehmen, daß die Kammer unserem Antrag zustimmt. Sind doch auch die Gemeinden selbst nicht mit der Regierungsvorlage zufrieden. Sie verlangen mit Recht eine normalspurige Bahn. Gegen die Privatbahnen wird konstant von der Bevölkerung Klage erhoben. Diese Schmalspurbahnen können den Verkehrsbedürfnissen nicht genügen. Einem Sägeverbesitzer, der Langholz bezogen hat, wurde dasselbe in der Mitte abgefragt, um es überhaupt transportieren zu können. Wir lehnen solche Privatbahnen prinzipiell ab, denn es ist ganz unverantwortlich, solche Summen wie in diesem Falle den Kapitalisten hinzuworfen. Die größte Freude an dieser Bahn haben die Kapitalisten, die eine 4 1/2 prozentige Rente garantiert erhalten. Wir fordern Normalbahnen, die der Staat baut und lehnen deshalb den vorliegenden Entwurf ab und ersuchen Sie, unsern Antrag zuzustimmen. (Bravo!)

Abg. Wegolbt (natl.) empfiehlt die Annahme des Kommissionsberichts.

Minister v. Marschall: Die Annahme des Antrags Vechold würde bedeuten, daß die Bewirkung der berechtigten Wünsche der Landesgegenstände auf absehbare Zeit hinausgeschoben würde. Die Kammer habe bis vor kurzen dem gemischten System das Wort geredet und sich erst jetzt mehr dem Staatsbahnsystem zugewandt. Die Regierung werde der Wendung der Anschauungen bei sich gebender Gelegenheit Rechnung tragen. Heute sei aber die Gelegenheit nicht geboten. Die Erbauung einer Nebenbahn sei aber auch im Hinblick auf die Rheinregulierung im gegenwärtigen Augenblick abzulehnen, da die Vollenbung der Rheinregulierung eine große Menge von Wassergütern dem Transport auf der Hauptbahn entziehen würde.

Abg. Pfeifferle (natl.) tritt für den Kommissionsantrag ein, wendet sich aber gegen die von der Eisenbahngesellschaft gestellten Bedingungen. Von der Stadt Rastatt noch eine gehörige Zinsgarantie für das Baukapital zu verlangen, gebe doch zu weit, und hier sollte mit derselben ein ernstes Wort gesprochen werden.

Ich bekenne.

Die Geschichte einer Frau.
Von Clara Müller-Jahnke.

(Schluß folgt.)

Das hätte ich erwidern müssen, wenn ich die Wahrheit über alles hochgehalten hätte.

Ich aber sagte: „Weil ich mich ängstigte, weil ich fürchtete, dich zu töten, und weil ich hoffte, dir die Wahrheit dauernd verbergen zu können.“

Trotz der Schwörung für sie, die mir diese feige Lüge in den Mund gelegt, schüttelte ich gemauert Frau wie ein zu Tode verurteiltes Tier. Und immer noch stand sie steif und hochgerichtet vor mir.

„Wo ist das Kind?“

„Tot. Wohl verjagt. Ängstigte dich nicht um mein Willen.“

„Wie?“ Und sie reichte mir den verhängnisvollen Brief.

Seine Hand, Selbstverständlich. Und der Inhalt? Forderungen und Forderungen, die ich kannte. Mein doch: einige neue noch. Er beschuldigte meine Mutter des Einverständnisses mit mir und forderte nun, unter Androhung gerichtlicher Maßnahmen, das Geld — dreihundertfünfzigtausend Mark — von mir. Zum Schluß kam noch ein unverständlicher Passus: wach eine Dime ich sei, könne sie daraus ersehen, daß ich sogar in Herrschaft in der Nacht zum Bahnhofs geschrien sei.

Als ich aufstah, das flammende Rot der Empörung im Gesicht, war meine Mutter im Begriff, das michan begaunpelte Gesichtsgewicht zu verlieren.

Ich sprang hinzu, ich schlang die Arme um ihren Leib und ließ sie sanft in die Sofaecke gleiten.

„Mutter“, sagte ich, stöhnend quert, dann rief ich mich selbst, „verurteile mich nicht zu hart. Es ist wahr, ich habe schwer gesündigt, aber schwerer noch gesündigt — auch dadurch, Mutter, daß ich dir nicht die Wahrheit sagen durfte. Mutter!“ Ich rief ich auf, als ich sah, wie sie eine Bewegung der Abwehr machen wollte, „alles, was er schreibt, ist erlogen, ist gemein, gemein...“

Da sprach meine Mutter ein Wort, das ich so wenig jemals vergessen werde, wie den Mord, mit dem sie mich vorher angesehen hatte.

Sie sagte: „Das geschah dir recht. Es hätte noch viel schlimmer kommen sollen! Solch eine... so eine... so ein Franzenszimmer...“

Dann brach sie in sich zusammen. Meine Mutter hatte der Schlag gerührt.

Nun folgte die grauenvolle Zeit der Säugne. Dreimal vierundzwanzig Stunden lag sie ohne Bewegung, ohne Bewußtsein. Als sie erwachte, sprach sie leise. Langsam erst kehrte das Bewußtsein zurück. Und mit dem Gedächtnis vor den Augen geriet mich und die furchtbare Angst vor allen Verlorenen des Elenden.

Vernünftigen Auseinandersetzungen, dem Hinweise, daß ein gerichtliches Vorgehen seinerseits ganz unstatthaft, im Hinblick schon auf Vincentis Stand und Stellung eine einfache Unmöglichkeit sei, war sie nicht zugänglich. So blieb mir nur das eine übrig, dieser kindlichen Furcht ein Ende zu machen, indem ich das Geld beschaffte — um jeden Preis, wenn ich nicht einen zweiten Schlaganfall heraufbeschwören wollte.

Ich mußte also betteln. Denn irgend eine Sicherheit für ein Darlehen, — womit sollte ich die geben?

Ein entfernter Verwandter entschloß sich endlich zu der Liebestat. Er ließ mir dreihundert Mark auf mein ehrliches Gesicht, auf mein Wort hin.

Nach Tage nach jenem furchtbaren ersten Raufschlag lag das Geld an Vincentis ab. Ja, ich überwand mich so recht — zum erstenmal auf jene ungeheuerlichen Aufschuldigungen antwortend — ihm in kurzen Worten mitzuteilen, daß meine Mutter nach der Letztere seines Briefes vom Schläge gerührt worden sei, und daß ich hoffe, Gott werde ihm am Tage des Gerichtes verzeihen, was er an seinem Kinde und an der alten Frau getreulich hatte.

Wir haben nie wieder von einander gehört.

Meine Mutter erholte sich langsam, obwohl im ersten Jahre die Anfälle häufig wiederkehrten. Aber Geist und Willenskraft hatten gelitten. Sie war

eine wandelnde Ruine geworden, die kaum für ein anderes noch Interesse hatte als für ihr eigenes körperliches Wohlbefinden.

Langsam verlor sich auch die Furcht vor der Entdeckung, vor der öffentlichen Bloßstellung. Und je weiter diese Furcht entschwand, desto liebevoller wurde meine Mutter wieder zu mir. Ich aber konnte ihre Zärtlichkeit nicht mehr erwidern, so heiß ich auch bemüht war, ihr wenigstens eine gute und pflichtgetreue Tochter zu sein. Das Band zwischen uns hielt: sie in jenem furchtbaren Stunde, in der die Herzen offenbar wurden, selbst geschnitten mit den scharfen Worten: „Das war dir recht geschehen.“

Altkiste lagen zwischen uns und abgrundtiefe Reue. Ich arbeitete für sie vom frühen Morgen bis in die sinkende Nacht hinein ohne irgend eine Befriedigung zu empfinden. Freilich auch das Gefühl der Schuld erblaste allmählich in mir. Ich erkannte, daß diese Abgründe schon lange, lange zwischen uns bestanden hatten, daß die durch unsere so grundverschiedene Erziehung, unser Leben und unsere Arbeit bedingten, himmelweit von einander entfernten Anschauungen es waren, die sie gerissen hatten, und daß nur die Pietät, Muttergefühl und kindliche Liebe, die verbindende Brücke zwischen uns darstellten hatten — bis d. z. erschütternde Witzstrahl aus dem Himmel hin.

Meine Mutter hat schwer gelitten in den letzten Jahren, durch Mangel an Zärtlichkeit meinerseits, ebenso wie durch mein immer stärker zur Geltung gekommenes Selbstgefühl. Ich war kein geküßelter Grashalm mehr, der vor jedem Lufthauch zitterte. Meine Kraft erstarbte, und mein Kalent erwich.

O du: wieviel Gedächtnis, die nicht schlecht waren, hab' ich damals für ein launiges Fünfmärkchen, ja manchmal auch für einen Zaler schreiben müssen... und wieviel Nöte habe ich in meinen Abendstunden aufgeschick, wie viel Genden für Geld genäht und gestickt, wenn kein Bedarf für meine Poesie da war!

In jener Zeit kam der kleine Gymnasiallehrer aus Posen wieder, um mich als sein Weib heimguzuholen in sein eigenes Nest.

Ich öffnete ihm die Korridortür und erkannte ihn nicht. Ich fragte ihn nach seinem Namen.

Er wurde sehr blaß. Ich sah es im Dämmerdunkel des Korridors.

„Fräulein Wilma — ich komme wieder. Meine Mutter ist gestorben, meine Schwester verjagt. Ach, und die Zeit war so lang, so lang...“

Da legte ich langsam meine Hand auf die seine. „Und Sie kommen zu spät, mein Freund.“

Ein hilfloser Blick aus seinen trauen, grauen Augen flog über mich hin.

„Sie haben — Sie sind —?“

„Ich habe erkannt, daß zur Erde eine starke Liebe von beiden Seiten gehört. Wollen Sie — wollen Sie mit einer starken Freundschaft vor es noch sein?“

Da schüttelte er stumm verneinend das Haupt, neigte das Gesicht über meine Hand und drückte einen Kuß auf meine gekühlten Finger.

Eine Träne stand in seinem Auge. — sie fiel nicht.

Dann ist er gegangen.

Bestimmte schloß ich die Türhülle hinter ihm, damit meine Mutter seinen Schritt nicht here.

Und arbeitete weiter, schrieb und rechnete, machte Verse und stidte Wäsche — noch drei Jahre lang.

(Schluß folgt.)

Kleines Feuilleton.

Weinprobe im Reichstag. Wir lesen im Vert. Tagel: Der löbliche Brauch scheint sich einzubürger, und an die Stelle der bitteren und mitunter recht unverständlichen Wahrheiten, die man an dieser Stelle zu sagen pflegt, wenn man verschiedener Ansicht ist, trat gestern ein Austausch der Wahrheiten, die im Reichstag Abgeordneten hatten die Herren Kollegen, die Herren von der Regierung und die Herren von der Presse ins Reichshaus entboten, am Abendblut der Berge und Taler der Westmark den Gassen zu legen. Der Trunk war gut, ja mehr als das, die Freundschaft, die im Weine des Reichstages schlummert, war herzerweichend. Mann waren die ersten Wiler genevot, da ich man an den Wänden der Sozialdemokraten feuchte Revolvertiefe aufstiegen, um fröhlichen Entergang zu tauschen. Und auch die Herren Minister — einen, Stubi und Graf Poldosdort waren

Ein Bekenntnis.

In der konservativen Korrespondenz ist zu lesen: Es macht keinen erhebenden Eindruck, daß der Reichstag in demselben Moment seinen Mitgliedern freie Eisenbahnfahrt auch in der parlamentarischen Zeit verschafft, in welcher er der großen Bevölkerung das Reisen durch hohe Zuschläge verteuert hat. Im übrigen wird aber zu verlangen sein, daß die verbündeten Regierungen den regulären Sessionsklus wie früher mit "rechtslichter" Konsequenz alljährlich vornehmen. Sonst könnte die Aussicht auf Freifahrt — nicht zuletzt die auf Immunität — leicht zu einem noch weitläufigeren Verzögerer der Reichstagsarbeiten und zu fünfjährigen Sessionen führen. Es ist jedenfalls sehr hübsch, daß die konservativen Korrespondenz den reaktionären Mehrheitspartei unter die Nase reißt, daß sie durch die Fahrkartenerhöhung das Reisen ungebührlich verteuert haben. Aber die Führer in diesem Verteueringssfeldzug waren die Grafen, Barone x., die die sogenannte konservative Fraktion bilden. Wenn die Herren die Freifahrt und die Diäten als Reichstagsabgeordnete nicht nötig haben, so reisen sie eben als preußische Landtagsabgeordnete bei 15 Mk. Tagegelde! Wir wollen aber nicht vergessen, daß die konservative Parteikorrespondenz die Verteuierung der Reisekosten für das Volk nicht mißbilligt. Nur an der Gewährung von Diäten nimmt sie Anstoß, weil dadurch die Arbeitervertreter das gleiche Recht erhalten, wie die aristokratischen Grafen!

Neue Reichstags-Nachwahl.

Der Reichstagsabgeordnete Graf zu Reventlow ist in Wiesbaden gestorben. Graf Reventlow gehörte der sogenannten Deutschsozialen Reformpartei (Antisemiten) an und vertrat den Wahlkreis Rintelns-Greifswald (Reg.-Bez. Rastell). Im Jahre 1903 erhielt dort Stimmen: Antisemiten 6426, Sozialdemokrat 3488, Nationalliberal 2134, Freisinn 748, Zentrum 542. In der Stichwahl siegte Reventlow mit 9543 Stimmen über unsere Genossen, der 4030 Stimmen erhielt. Der ganze Wahlkreis hatte fast 20000 Wähler. Reventlow hat uns übrigens vor Jahren einmal nahegekommen.

Wer vorwärts kommt.

Der Vorsitzende der Leipziger Strafkammer, der vor wenigen Monaten den Genossen Feinig von der Leipziger Volkszeitung zu 21 Monaten Gefängnis verurteilt, der Landgerichtsdirektor Dr. Mandt, ist vor einigen Tagen zum Rat am Oberlandesgericht Dresden befördert worden.

Als vor Jahresfrist der Landgerichtsdirektor Franze in Leipzig starb, dessen Unbefangenheit gegen politische Angeklagte und vornehme Bestimmung auch von unserer Presse anerkannt wurde, wurde sein Nachfolger ein Mitglied der Kammer Mandt, der Rat Schmidt, indem er zugleich zum Landgerichtsdirektor befördert wurde. Schon jetzt wenige Tage nach Mandts, wurde derselbe Franz Schmidt, unter dessen Vorherrschaft in vorigen Jahren gewisse Ränge von der Leipziger Volkszeitung zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, ebenfalls zum Oberlandesgerichtsdirektor befördert, während Franz Franze vergeblich auf Beförderung gewartet hatte. So wird jedem "Verdienst" seine Krone!

In Bayern.

hat die sozialdemokratische Landtagsfraktion folgenden Antrag eingereicht:

A) In Artikel 170 der Gemeindeordnung für das rechtsrheinische Bayern nach dem Wortlaut: "Wahlberechtigt sind alle Gemeindeglieder einzuweisen: 1) sowie jene Gemeindeglieder, welche das selbständige Heimatsrecht in der Aufenthaltsgemeinde besitzen."

B) "Die Staatsregierung sei zu eruchen, den Antrag in aller Eile einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach in allen Gemeinden bei Wahl bei Gemeindebevollmächtigten und der Magistratsräte, des Armenrats, des Schulrats und des Wahlrates, des Disziplinrates und des Landrates das System der Verhältniswahl zur Anwendung zu kommen hat und die genannten Verordnungen ausnahmslos nach dem direkten Wahlrecht gewählt werden."

Daß solche Anträge erst gestellt werden müssen, zeigt, wie rückständig alle öffentlichen Einrichtungen im Deutschen Reich noch sind.

Husland.

Allgemeines.

Frankreich. Kurz vor den Wahlen haben die Postunterbeamten einen heftigen Kampf geführt, der nicht nur einer Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage galt, indem Lohnforderungen gestellt waren, sondern vor allen Dingen auch Anerkennung des Koalitionsrechts für Staatsangestellte anstrebte. Bei den Wahlen konnte noch gar keine Abordnung der Postunterbeamten von seinen Führern verhandelt. Nach den Ergebnissen der Wahlen, vor allem unter dem Eindruck der prachtvollen Arbeit der Vertreter des Proletariats, kündigt in anderen "milderer" Tonart. Präsident Fallières genehmigte nun die Einführung einer Kommission zum Studium jener Gerechtigkeiten, welche den künftigen Vereinigungen von Staatsbeamten und Staatsangestellten ohne Gefahr für die Sicherheit des öffentlichen Dienstes und die Aufrechterhaltung der Disziplin einzuräumen wären.

Rußland. Der parlamentarische Ausschuss der Kadetten (Abfänger für konstitutionelle Demokraten) hat einen der Duma zu unterbreitenden Gesetzentwurf betr. das allgemeine, unbeschränkte, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechts angenommen.

Der parlamentarische Ausschuss der Kadetten hat endlich einen der Duma zu unterbreitenden Gesetzentwurf über das allgemeine, unbeschränkte, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechts angenommen.

Wie dem Standard aus Petersburg gemeldet wird, erscheint in politischen Kreisen eine allgemeine Erhebung als unvermeidlich. Die Konservativen erklären, daß Unruhen entstehen müssen, wenn die Regierung jetzt den radikalen Volksvertretern nachgibt, da das Volk durch die Schwäche der regierenden Kreise zum Aufstande erregt werden würde. Dagegen erklären die Fortschrittlichen, daß eine Erhebung erfolgt, wenn der Zar von seinem Rechte Gebrauch macht und die Reichsduma auflöst. Die russische Regierung erkennt die Gefahr der Lage und macht ungeheures

unbeglücklich auf den Banken hin- und herzucken. Kolb rief ihnen zu: "Ihre Wähler glauben alles, Sie können sagen und tun, was Sie wollen." In der allgemeinen Unruhe ging die Erweiterung der Zentrumsmitglieder verloren. Der Beobachter erwirbt sich in seiner gestrigen Nummer das Verdienst, sie der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Sie lauten: Sowohl, sie glauben alles! Nur den Sozialdemokraten nichts! Sie glauben alles. Köstlich! Kommentar überflüssig.

Das Schandblatt.

Das ist nämlich der Volksfreund. Und der es so nannte, ein Diener des alles verzehrenden Nazareners, ein Vertreter der christlichen Nächstenliebe. Dornbach heißt der edle Mann und ist Pfarrer in dem Arbeiterdorf Malsch. Er wettet in der Kirche gegen die "schlechte Presse", er arbeitet die Eltern der jungen Leute, die auf den Volksfreund abonniert sind. Brandt und Bräutigam, die sich zu dem heiligen Sakrament der Ehe verprochen haben, werden direkt und indirekt aufgefordert, den Volksfreund abzubestellen, und was dergleichen rührige Taten des sozialistenfeindlichen Nazareners sind.

Doch damit nicht genug. Auch in den Zentrumssammlungen wettet der streitbare Gottesmann wider die gefährliche Umsturzpresse. Am vorigen Sonntag referierte der Landtagsabgeordnete Helger in einer von zentriemlicher Seite einberufenen Volksversammlung. Herr Pfarrer Dornbach ließ diese possende Gelegenheit nicht vorbegehen, um seinem geheimen Herzenswunsch, den Volksfreund aus Malsch zu bannen, die öffentliche Weize zu geben. Er sprach von dem Schandblatt, das in einem Halle über einen Geistlichen in der Umgegend berichtet — gemeint ist jedenfalls die famose Affäre in Glöckheim. Red. d. B. — und schon vorher, bevor der Fall nur erwiesen, den Stab über ihn gebrochen.

Herr Dornbach ist ein schlechter Leser des Volksfreund und des Beobachter, sonst müßte er wissen, daß der "nichtbeisene Glöckheimer Fall" ein gerade blamables Ende für die lieben Zentrumsanhänger genommen hat. Und weiter wertete der Malscher Pfarrer: "Ich kann nicht begreifen, wie ein Mensch zu Dornbach zu dem Sakramente gehen und den Volksfreund weiterlesen kann!" Ach, Herr Pfarrer Dornbach, Sie werden im Laufe der Zeit noch gar manches begreifen, was Ihnen jetzt nicht in den geweihten Kopf will.

Heute sei Ihnen nur so viel gesagt, daß der Volksfreund jetzt in Malsch in einer Zahl gelesen wird, die er noch nie erreicht hat; auch für die politische Organisation der Sozialdemokratie, für den Wahlverein, macht sich ein reges Interesse bemerkbar. Daran ist das Schandblatt zum nicht geringen Teile schuld. Merken Sie sich das, Herr Pfarrer und — jähmpfen Sie weiter!

Liberaler Presse und Wladpolitik.

Die nationalliberale Landtagsfraktion arbeitet mit einer Konsequenz, die man in politischen Prinzipienfragen leider vergeblich bei ihr sucht, auf die Sprengung des mühsam zustande gekommenen Blocks hin. Daß, falls die Dinge so weitergehen, die bisher, bei den nächsten Wahlen wieder ein solches Blockabkommen möglich ist, halten wir für ausgeschlossen. Sollten aber die Linksliberalen trotzdem dem Block aufrecht erhalten, dann ist die Wladpolitik völlig zwecklos, denn die Sozialdemokratie macht ein solches Kommodienstück nicht mit. Die ganze Taktik der Nationalliberalen erschöpft sich im Wettkampf mit dem Zentrum um die Gunst der Regierung. Nach Lage der Sache ist natürlich das Zentrum stets der gewinnende Teil. Die Zentrumsführer sind in solchen Handelsgeheimnissen den Herren à la Bismarck überlegen. Die Nationalliberalen besorgen mit dieser Kompromißpolitik lediglich die Geschäfte des Zentrums. Das wird auch im Lager der nationalliberalen Wähler eingesehen und die Unzufriedenheit mit der Parteiführung wächst von Tag zu Tag. Aber Bismarck und Konsorten begreifen es nicht, daß es jetzt nur noch eine Entscheidung gibt: entweder dem Rate des Herrn Wilmson zu folgen und mit dem Zentrum die Politik des Landes zu machen, oder aber aus dem Blockabkommen die logische Konsequenz zu ziehen und eine wirklich liberale Politik zu inaugurieren. Ein Drittes gibt es nicht. Die bisherige Haltung der nationalliberalen Fraktion macht eine Wladpolitik zur absoluten Unmöglichkeit. Herr Dr. Bismarck ist die reine politische Wetterfahne. Dieser Mann hatte noch nie sicheren Boden unter seinen Füßen und wird ihn niemals haben. Er war und ist nicht zum politischen Führer befähigt. Das geben alle einsichtigen Liberalen selbst ohne weiteres zu. Die von der Parteileitung abhängige Parteipresse muß schweigen. Dagegen macht die unabhängige Presse schon mobil.

So schreiben die Bad. Nachrichten in einer Besprechung über die Debatte betreffend die Fahrkartenerhöhung, daß der Wettkampf der Nationalliberalen mit dem Zentrum um die Regierungsgunst noch nicht zu Ende sei. Dann heißt es:

"Die badischen Nationalliberalen haben sich auf ihren 'staatsmännischen' Standpunkt gestellt zu derselben Stunde, als draußen im Lande die größten liberalen Preßorgane zum Sturm gegen die Steuer Reform alarmierten und liberale Vereinigungen sich in unabweisbarer Weise entschieden gegen die Fahrkartenerhöhung aussprachen. Was nützt es, daß die Partei 'bedauert' und gleich darauf mit dem Haupte bedächtig 'Ja' nickt, was nützt es, wenn sie dem Volke grobe volksfreundliche Versprechungen macht, und diese nachher nicht hält? Die nationalliberale Partei im Reich und in Baden hat sich mit ihrer verkehrten, feindseligen oder sagen wir regierungswilligen Politik direkt in Gegenwart zu ihren Wählern gesetzt. In diesem Sinne herrscht heute eine Krise in der nationalliberalen Partei; diese zu leugnen, würde im höchsten Grade unehrlich sein. Und wer die Sache nicht als eine bloße Farce betrachtet, der wird mit uns den 'liberalismus' bedauern, von dem sich in der Aera der Wladpolitik die nationalliberale Partei Badens unter Zuhilfenahme der Gebammenden der Regierung in der letzten Zeit entbinden ließ."

Sehr richtig! Nur nützt das alles nichts, so lange nicht mit den Männern tabula rasa gemacht wird, die anstatt die dem Volke bei den Wahlen gegebenen Versprechungen zu halten, im Landtag eine Farce um die andere aufspielen.

Der Liberalismus, der sich eine solche Führung gefallen läßt, ist eben kein Liberalismus mehr.

großes Interesse an der Bahn, deshalb habe die Stadt auch 4 1/2 Proz. Jinsgarantie gewährt, denn die Gesellschaft habe noch mehr verlangt. (Dhoruse). Abg. Hergt (Zentr.) wendet sich gegen den Abg. Kolb, der sich irrt, wenn er glaube, mit seinen Strafpredigten bei dem Zentrum Eindruck zu machen. Man könne sein Verhalten in diesem Hause nicht immer nach prinzipiellen Gründen einrichten, wenn es sich um wirtschaftliche Interessen von Gemeinden handle. Wenn heute der Antrag der Sozialdemokratie angenommen werde, könnten die Gemeinden nicht damit rechnen, die Bahn in annähernd gleicher Zeit zu erhalten. Auch mit dem Landtagskopf komme man nicht über schwierige Bauprobleme hinaus und mit Neben würden keine Bahnen erbaut. Allein nachdem der Minister heute die Erklärung abgegeben, daß er dem gemischten System nicht mehr so wie sonst das Wort reden werde.

Abg. Kolb (Soz.): Sehen Sie sich doch an den Regierungstisch! (Geisterzeit)

Abg. Hergt (fortfahrend): Es ist bedauerlich, daß dieser Volksversammlung in diesem Hause eingeleitet; mit solchen schnoddrigen Redensarten komme man nicht weiter. Er sage also: nachdem der Minister sich entgegenkommen gezeigt, daß die Angelegenheit nochmals untersucht werden solle, habe auch seine Partei nichts dagegen, wenn die Kommission sich noch einmal mit dieser Frage beschäftige.

Abg. Oßfischer (natl.): Mit den Staatsbahnen müsse die Regierung auch hinausgehen in das Land und sich dabei leiten lassen von volkswirtschaftlichen Gründen. Jetzt sei die Gelegenheit dazu ganz besonders geboten. Deshalb bitte er, seinem Antrag zuzustimmen.

Abg. Eichhorn (Soz.):

Die heutige Debatte war von großer Bedeutung. Vom heutigen Tag ab datiert der Beginn einer neuen Aera auf dem Gebiete des Bahnbaues. Vor 4 Jahren waren ich und der Abg. Fräuhuf die einzigen, welche gegen das gemischte System Stellung nahmen. Mit diesem Prinzip ist gebrochen, weil die Regierung erklärt hat, sie mache mit. Nicht der Landtag, sondern die Regierung hat eingeschwenkt. Wenn man sich auf den Standpunkt des Abg. Hergt stellt, so kann der Landtag zu Hause bleiben. (Sehr richtig!) Warum sollen wir die Normalbahn nicht bauen, nachdem alle Redner sich von der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit überzeugt haben? Die Konsequenzen, die der Abg. Hergt gezogen hat, sind falsch. Das ist Eintragspolitik. Wird die Bahn als Lokalbahn gebaut, so wird auf Jahrzehnte hinaus eine Vollbahn nicht gebaut werden. Man reißt doch in ein paar Jahren nicht das ganze Geleise wieder heraus, das wäre ja toll. Und diese geradezu unerschämten Forderungen der Gesellschaft? Das ist ja unerhört. Die Gesellschaft macht schon im Bau ein gutes Geschäft. (Sehr richtig!) Ich verstehe nicht, wie man auf so etwas eingehen kann. Eine solche Liebesgabenpolitik, eine solche schamlose Verwilsungspolitik hinsichtlich unserer Finanzen kann ich nicht verstehen. (Präsident Hergt: Sie dürfen das nicht sagen, ich rufe Sie zur Ordnung.) Abg. Hergt hat die Eisenbahnverwaltung verteidigt. Man gehe doch zu einem privaten Ingenieur, in acht Tagen hat man die Pläne. Eine solche Schwerfälligkeit, wie sie im Staatsbetrieb herrscht, würde im Privatleben den Bankrott zur Folge haben. (Sehr richtig!) Wenn man über das Prinzip einig ist, dann kann man unsern Antrag zustimmen.

Wird jetzt die gedachte Linie als Schmalspurbahn gebaut, so laden wir dem Volke eine große, unnötige Kostenlast auf. Warum denn aus Angst vor der Regierung zurückweichen? Wir zwingen die Regierung einfach. Ich glaube übrigens, daß die Regierung nachgibt, wenn der Landtag ernstlich seinen Willen kundgibt. Wir haben mit Rücksicht auf die Kommission Zurückverweisung beantragt. Auf keinen Fall können wir uns mit der Vergabung der Bahn an eine Privatgesellschaft einverstanden erklären.

Der Abg. Hergt hat vom Volksversammlungsstunde gesprochen. Das hat man früher auch schon gehört. In den Volksversammlungen herrscht ein fröhlicher frischer Ton, ich wollte, er herrschte auch hier im hohen Hause. Der Abg. Hergt hat an dem Zwischenruf Kolbs (Rehmen Sie doch auf der Regierungsbank) Anstoß genommen. Nun, Sie sind freiwilliger Regierungskommissar und bleiben es, bis Sie da oben auf der Regierungsbank sitzen. (Geisterzeit und Weisfall.) Abg. Schmidt-Bretten vertritt den Standpunkt des sozialdemokratischen Antrages. Minister v. Marischall erhebt Protest gegen die Aeußerung Eichhorns, der da gemeint, daß die Regierung einem einstimmig gefassten Beschluß der Kammer nachgeben und einen Gesetzentwurf vorlegen müsse. Dies widerspreche den konstitutionellen, verfassungsmäßigen Grundgesetzen des Staates. Nach kurzen Bemerkungen des Ministerialdirektors Schulz wird der sozialdemokratische Antrag abgelehnt und der Antrag Oßfischer angenommen und zwar einstimmig.

Nächste Sitzung Samstag 9 Uhr. Petitionen.

Badische Politik.

9. März.

Die Geschäftsordnungskommission des Landtags hat gestern auf Antrag Lehmann (Soz.) beschlossen, die Diäten für die Karlsruhe Abgeordneten auf 9 Mk. pro Tag festzusetzen. Das Zentrum stimmte dagegen. Die Regierung hat ihre Zustimmung zu diesem Antrag erteilt. Der Volksfreund hat von dornherin für 9 Mk. plädiert. Das Gesetz bekommt rückwirkende Kraft, so daß die jetzigen sieben Abgeordneten Bismarck, Schneider, Rebmann, Wegbold, Gelmburger, Fröhlich und Schmidt die Diäten für die laufende Session nachgezahlt bekommen. Die freie Fahrt tritt mit dem Tage der Verkündung des Gesetzes in Kraft.

Im Zentrum sitzen die meisten Staatsbeamten, die es leicht haben, sich auf das Prinzip der reinen Aufwandsentschädigung zu beschränken, da ihr Gehalt fortläuft und die Herren obendrein noch einen Stellvertreter gestellt erhalten und zwar auf Staatskosten. Wo aber bleibt die Konsequenz aus dem allgemeinen Wahlrecht?

"Sie glauben alles!"

Eine feine Selbstironisierung leistete sich am Mittwoch anlässlich der Fahrkartenerhöhung im Landtage die Zentrumsfraktion. Wir haben in unserem Stimmungsbild schon darauf aufmerksam gemacht, daß die süddeutschen Gewinnungsgenossen der norddeutschen Verkehrsbehinderer bei den flammenden Entrüstungsworten des Abg. Kolb über die Ungerechtigkeit der Fahrkartenerhöhung gar

Ministerialdirektor Schulz erörtert die Verkehrsergebnisse und die Rentabilität der neuen Strecke, die etwa 3 Proz. betragen würde. Die Abmachungen des Eisenbahnkomitees mit der Gesellschaft seien ohne Mitwirkung des Ministeriums zustande gekommen, es trage an der Jinsgarantie der Stadt Rastatt keine Schuld.

Abg. Kolb (Soz.):

Nach der Rede des Abg. Pfeifferle ist es mir schlechterdings unverständlich, wie er dazu kommen kann, für den Kommissionsantrag zu stimmen. Die Vorlage der Regierung ist wieder ein Beweis für die Engbergzigkeit und Kurzsichtigkeit, die in unserer Eisenbahnverwaltung herrschen. Wie kann man den armen Gemeinden solch horrende Opfer auferlegen wollen. Das kann die Volksvertretung nicht verantworten. Daß die Regierung sich weigert, eine Vollbahn zu bauen, ist doch für den Landtag noch kein Grund, der Regierungsvorlage zuzustimmen. Da wäre ja der Landtag überflüssig. Daß die Vollbahn von Rastatt nach Kehl kommen muß, wurde allseitig zugegeben. Warum also jetzt einen solchen Schilddrüsenkreuz machen und durch eine Privatgesellschaft mit 1/2 Million Mark Zuschüssen eine Schmalspurbahn bauen lassen? Diese Privatbahnen nehmen weder Rücksicht auf die Verkehrsbedürfnisse, noch auf die Wünsche der Bevölkerung. Ihr einziges Interesse ist der Profit. Solche Bahnen würde keine Privatgesellschaft bauen, wenn sie nicht zu ihrer Rente käme. Auf die Rentenberechnungen der Regierung gebe ich rein nichts. Die Vollbahn Rastatt — Kehl wird sich sofort rentieren, wir können die hierfür nötige Anleihe guten Gewissens aufnehmen. Die anderen Gegenden, die noch Eisenbahnen wünschen, kommen um so eher dazu, je eher wir diese rentable Vollbahn erhalten. Will der Landtag dem gemischten System im Bahnbau ein Ende machen, dann darf er auch keine weiteren Konzessionen erteilen. Die Hauptbahn muß entlastet werden. Eine Zustimmung zum Kommissionsantrag würde nur ein Schritt weiter zur Verpreßung unserer Bahnen sein. Alle Maßnahmen unserer Regierung in Eisenbahnsachen sprechen dafür, daß sie der Verpreßung in die Hände arbeitet. Dem muß der Landtag einen Riegel vorschieben. Wir dürfen diesen Kommissionsantrag nicht akzeptieren, denn wir können das vor unserem Volke nicht verantworten. (Bravo!)

Abg. Benedek (Dem.) tritt im wesentlichen den Ausführungen Kolbs bei und wendet sich vor allem gegen die Anbahnung der Regierung, als ob mit der Ablehnung eine Verschleppung des Bahnbaues eintreten müßte. Dem belegenden den Gesühle über den Gang der heutigen Verhandlung möchte er aber einmal Ausdruck geben. Ein Redner nach dem anderen stehe auf und bekämpfe den Kommissionsantrag, um schließlich denselben anzustimmen, weil die Regierung erkläre, sie werde einen anderen Antrag nicht nachkommen. Wenn der Abgeordnete Schmidt heute gemeint, man solle keine papierenen Beschlüsse fassen, so sage er, die Kammer fasse die Beschlüsse, damit sie die Regierung ausführe. Um papierne Beschlüsse zu fassen, trete die Kammer allerdings nicht zusammen, dann ließe man besser zu Hause. Es sei aber immer eine gute Tradition des badischen Landes gewesen, daß die Regierung es als ihre vornehmste Aufgabe betrachte, die Meinung der Volksvertretung zu erfüllen.

Abg. Fräuhuf wendet sich gegen die Eisenbahnpolitik der Regierung und gegen das gemischte System. Obwohl heute man allgemein der Ansicht sei, eine Vollbahn sei besser, so habe man doch nicht den Mut, diese Überzeugung zu vertreten. Die Überlastung der Hauptbahn sei schon vor 9 Jahren zugegeben worden. Der verstorbene Eisenbahnminister Rudde habe den hohen patriotischen Wert dieser Bahn ausdrücklich anerkannt und einen Reichszuschuß von 1 Million als höchst wahrscheinlich bezeichnet. Es sei deshalb verwunderlich, daß der Landtag von diesem Gedanken abgehe.

Abg. Oßfischer, Sanger und Rebmann stellen den Antrag, die Vorlage an die Kommission zurückzuweisen zur Prüfung der Frage, ob an Stelle der jetzigen Vorlage, die eine schmalspurige Bahn vorschlägt, eine Vollbahn zu erbauen ist.

Abg. Bismarck stellt den Antrag, die Sitzung auf eine halbe Stunde zu unterbrechen zur Besprechung der Fraktionen. (Geschicht.)

Nach einer halbständigen Pause tritt die Kammer wieder zusammen.

Erster Vizepräsident Behner eröffnet 1/1 Uhr die Sitzung.

Abg. Franz (natl.): Die Stadt Rastatt habe ein

erklären —, nicht minder auch ihre Kollegen vom Bundesrat müssen sich unter das parlamentarische und journalistische Volk zu beglückwünschen. Es herrschte etwas wie heiliges Gemütsleben unter den Teilnehmern, und sie erreichte ihren Höhepunkt, als Genosse Ged mit einigen anderen Sozialdemokraten in ulziger Verleumdung — er selbst als Witz mit Kapuze, seine Freunde mit weißen Fäustelstern wie togatragende Römer drapiert — im hohen Hause ein ideales Karren erfassen ließ, daß den heiligen Punkt als Eideshelfer für die Gegner der Antisozialbewegung stützte. Die Zentrumslapläne hielten dem höchsten Vortrag schmunzelnd zu, und es machte sie in ihrer frohen Laune auch nicht sonderlich wandern, als Graf Vollestein grämlich das Gesicht verzog, wenn Herr Ged etwas unheilige Worte sprach. Später sprach noch der Abgeordnete Gröber mit gutem Humor; er schloß mit einem Hoch auf Ulrich-Lotzinger, in das nach dieser Probe der Bundesregierung das hohe Haus doppelt begeistert einstimmte.

Spielplan des Groß. Hoftheaters.

Spielplan für die Zeit vom 27. Mai bis mit 4. Juni 1906.

Sonntag, 27. Mai. Faust. Tragödie von Goethe. Zweiter Teil. Dritter Abend in 5 Aufzügen. Anfang 8 Uhr, Ende halb 11 Uhr.

Dienstag, 29. Mai. 24. Fort. außer Ab. (Sonderabonnement) Der Ring des Nibelungen. Bühnenfestspiel von Richard Wagner. Vorabend. Das Rheingold in 1 Aufzug. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

Donnerstag, 31. Mai. 25. Fort. außer Ab. 1. Tag. Die Walküre in 3 Aufzügen von Richard Wagner. Anfang 8 Uhr, Ende halb 11 Uhr.

Freitag, 1. Juni. Zum Gedächtnis Henrik Ibsen: Einleitungsmittel. Hierauf: Die Stützen der Gesellschaft. Schauspiel in 4 Akten von Henrik Ibsen. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

Sonntag, 3. Juni. Zum Gedächtnis Henrik Ibsen: Einleitungsmittel. Hierauf: Die Stützen der Gesellschaft. Schauspiel in 4 Akten von Henrik Ibsen. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

Sonntag, 4. Juni. Wilhelm Tell. Schauspiel in 5 Akten von Schiller. Anfang 8 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

Montag, 5. Juni. 27. Fort. außer Ab. Der Ring des Nibelungen. 2. Tag. Siegfried in 3 Aufzügen von Richard Wagner. Anfang 8 Uhr, Ende halb 11 Uhr.

Sonntag, 6. Juni. Wilhelm Tell. Schauspiel in 5 Akten von Schiller. Anfang 8 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

Theater in Baden.

Mittwoch, 30. Mai. Am Wetzen Rühl. Lustspiel in 3 Akten von Oskar Numenthal und Gustav Radelburg. Anfang 7 Uhr, Ende 9 Uhr.

Spiegel & Wels

zeigen hiermit die

Eröffnung

ihrer neu umgebauten bedeutend vergrößerten Geschäfts-Lokalitäten ergebenst an und laden zur Besichtigung freundlichst ein.

Neu aufgenommen: Livreen und Automobil-Bekleidung.

Hervorragend sehenswerte Ausstellungen
vollkommenster Erzeugnisse
der Herren- und Knaben-Bekleidungs-Industrie.

Sängerbund Vorwärts Karlsruhe

Sonntag, den 27. Mai, im Rippurrer Wald

Grosses Waldfest

verbunden mit Musik, Gesang, Preisschießen (neue Gewehre), Plattenwerfen, Volks- und Kinderbelustigungen aller Art. Für gute Speisen und Getränke ist hinreichend gesorgt. Abmarsch mit Musik halb 2 Uhr vom „Eibolt“. Hierzu ladet die Mitglieder nebst wertigen Angehörigen sowie Freunde und Gönner des Vereins freundlichst ein.

Der Vorstand.

NB. Der Weg zum Festplatz ist durch Plakate kenntlich gemacht. D. D.

Athletenklub „Frisch-Auf“ Karlsruhe.

Sonntag den 27. Mai 1906 findet im Baumwald bei der Eyschen Eisfabrik ein

Waldfest

verbunden mit Musik, Preisschießen, Plattenwerfen usw. Statt, wozu wir unsere Mitglieder sowie alle Freunde und Gönner unseres Vereins herzlich einladen. Zum Ausklang kommt ein vorzüglicher Stoff Prins-Bier. Beginn des Festes punkt 8 Uhr.

Der Vorstand.

Verband der Handels- u. Transportarbeiter.

Sonntag den 27. Mai d. J. findet unser diesjähriger

Familien-Ausflug

mit Tanzunterhaltung im Gasthaus zum „Waldborn“ in Ene bei Durlach statt. Anfang 4 Uhr.

Treffpunkt Restauration „Auerhahn“, Schützenstr. Abmarsch halb 3 Uhr durch den Wald. Die organisierten Arbeiter werden freundlichst gebeten, bei ihren Ausflügen das Gasthaus zum „Waldborn“ zu berücksichtigen.

Der Vorstand.

Freie Turnerschaft Pforzheim.

Sonntag den 27. Mai 1906, nachmittags 3 Uhr, bei gütiger Bitterung im „Felsenkeller“

Garten-Konzert

verbunden mit Volks- und Kinderbelustigungen, wozu die Mitglieder mit ihren Angehörigen sowie Freunde unserer Sache höflich einladet.

Der Turnrat.

Neuheiten

in Herren-, Knaben- und Kinder-

Stroh-Hüten

bietet in einzig dastehender Auswahl zu den anerkannt billigsten Preisen

Hutmagazin **Wilh. Zeumer**

Karlsruhe, Kaiserstr. 127.

Neu eröffnet!

Möbel-Haus Maier Weinheimer

Neu eröffnet!

Kronenstrasse 32 Karlsruhe Kronenstrasse 32
im Rückgebäude.

Mit dem heutigen Tag eröffne ich

Kronenstrasse 32 Karlsruhe Kronenstrasse 32
ein

Möbel-Haus.

Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet und erwünscht.

In 4 Stockwerken übersichtlich aufgestellt ist jedem Geschmack Rechnung getragen.

Allererste Bezugsquellen und teilweise Selbstanfertigung von

Möbeln und Polsterwaren

ermöglichen es mir, dem kaufenden Publikum ausserordentliche Vorteile zu bieten.

Ich bitte, auf die Firma genau zu achten, damit Verwechslungen mit ähnlich lautender Firma vermieden werden.

Ich bitte um geneigten Zuspruch und sichere streng reelle Bedienung zu.

Maier Weinheimer

Neu eröffnet!

Kronenstrasse 32 Karlsruhe Kronenstrasse 32

Neu eröffnet!